

Der Volksstaat

Abonnementspreis
für ganz Deutschland
16 Sgr. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen
Postanstalten auf den 1ten
u. 2ten Monat und auf den
3ten Monat besonders an-
genommen; im Rgr. Sachsen
u. Erzgh. Sach.-Mittelland
auch auf den 1ten Monat des
Quartals à 5 1/2 Sgr.

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.
Bestellungen nehmen an alle
Postanstalten u. Buchhand-
lungen des In- u. Auslandes.
Filial-Expeditionen
für die Vereinigten Staaten:
F. A. Sorge,
Box 101 Hoboken, N. J.
Peter Hah,
W. Corner Third and
Coates str. Philadelphia.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Inserte, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Filial-Expeditionen und sonstige Partei-Angelegenheiten betreffend, werden mit 1 Rgr., — Privat- und Vergnügungs-Anzeigen mit 2 1/2 Rgr. die dreigespaltene Petit-Zeile berechnet.

Nr. 147. Freitag, 18. Dezember. 1874.

Enthüllungen über den Kommunisten-Prozess zu Köln.

(Schluß.)
VII. Das Urtheil.

In dem Maße, wie die Polizei-Mysterien sich aufklärten, erklärte sich die öffentliche Meinung für die Angeklagten. Als der Betrug des Originalprotokollbuchs enthüllt war, erwartete man allgemein die Freisprechung. Die „Kölnische Zeitung“ sah sich veranlaßt, eine Kniebeugung vor der öffentlichen Meinung und eine Wendung gegen die Regierung zu machen. Kleine, den Angeklagten günstige, und den Stieber verdächtigende Notizen vertriehen sich auf einmal in Spalten, die früher nur den Polizei-Institutionen offenstanden hatten. Die preussische Regierung elbte gab die Partide verloren. Ihre Correspondenten in „Times“ und „Morning-Chronicle“ begannen plötzlich die öffentliche Meinung des Auslandes auf einen ungünstigen Ausgang vorzubereiten. Die Verderblich und ungeheuerlich die Lehren der Angeklagten, wie abentheuerlich die bei ihnen vorgefundenen Dokumente auch sein möchten, tatsächliche Beweise eines Komplotts lägen nicht vor, eine Verurtheilung sei daher kaum wahrscheinlich. So kopfhängerisch resignirt schrieb der Berliner Correspondent der „Times“, das servile Echo der Bestürzungen, die in den höchsten Kreisen der Preussischen Hofes und seiner Eunuchen, als der elektrische Telegraph das „Schuldig“ der Geschworenen von Köln nach Berlin blitzte.

Mit der Enthüllung des Protokollbuchs war der Prozess in ein neues Stadium getreten. Es stand den Geschworenen nicht mehr frei, die Angeklagten schuldig oder nichtschuldig, sie mußten jetzt die Angeklagten schuldig finden — oder die Regierung. Die Angeklagten freisprechen hieß die Regierung verurtheilen.

In seiner Replik auf die Verteidigerreden der Advokaten ließ Procurator Saedt das Originalprotokollbuch fallen. Er wollte nicht von einem Dokumente Gebrauch machen, an dem sich ein Makel habe, er selbst halte es für „unecht“, es sei ein „unseliges“ Buch, es habe viel unnützen Zeitverlust verursacht, zur Sache selbst wage es nichts bei, Stieber habe sich aus lobenswerthem Diensteifer missificiren lassen u.

Aber die Procuratur selbst hatte in ihrer Anklage behauptet, das Buch enthalte „viel Wahres“. Weit entfernt, es für unecht zu erklären, hatte sie nur bedauert, seine Echtheit nicht beweisen zu können. Mit der Echtheit des von Stieber beschworenen Originalprotokollbuchs fiel die Echtheit der von Stieber beschworenen Aussage des Cherval zu Paris, auf die Saedt in seiner Replik noch einmal zurückkommt, fiel alles Thatsächliche, was die angestrengteste Thätigkeit aller Behörden des preussischen Staats während 1 1/2 Jahren aufgestiebert hatte. Die auf den 28. Juli angekündigte Affensverhandlung war für drei Monate sistirt worden. Warum? Wegen Krankheit des Polizei-Direktors Schulz. Und wer war Schulz? Der ursprüngliche Entdecker des Originalprotokollbuchs. Gehen wir weiter zurück. Januar und Februar 1852 waren Hausdurchsuchungen bei der Frau Doktor Daniels gehalten worden. Auf welchem Grund? Auf Grund der ersten Seiten des Originalprotokollbuchs, die Henry dem Schulz überhandt hatte, die Schulz an das Polizeidirektorium in Köln, die das Polizeidirektorium zu Köln an den Untersuchungsrichter gelangen ließ, die den Untersuchungsrichter in die Wohnung der Frau Doktor Daniels führten.

Trotz des Komplottes Cherval hatte der Anklagesenat im Oktober 1851 noch immer nicht den mangelnden Thatbestand gefunden und daher auf Befehl des Ministeriums eine neue Untersuchung angeordnet. Wer führte diese Untersuchung? Polizeidirektor Schulz, Schulz also sollte den Thatbestand finden. Was fand Schulz? Das Originalprotokollbuch. Alles neue Material, das er herbeischaffte, beschränkte sich auf die losen Blätter des Protokollbuchs, die Stieber nachher vervollständigen und zusammenbinden ließ. Zwismonathliches Zellengefangnis für den Angeklagten, um dem Originalprotokollbuch die nöthige Zeit zur Geltendmachung und zum Wachsthum zu geben! Bagatellen, ruft Saedt, und findet schon darin den Beweis der Schuld, daß Verteidiger und Angeklagte acht Tage brauchen, um einen Augiaßfall zu bereiten, den voll zu machen alle Behörden des preussischen Staats 1 1/2 Jahr lang bemühen und die Angeklagten 1 1/2 Jahre sitzen. Das Originalprotokollbuch war kein einzelner Incidenzpunkt, es war der Knotenpunkt, worin alle Fäden der Regierungsthätigkeit zusammenliefen, Gesundheitsamt und Polizei, Ministerium und Procuratur, Procuratur und Postdirektion, London, Berlin und Köln. Das Originalprotokollbuch machte so viel zur Sache, daß es erstanden wurde, um überhaupt eine Sache zu machen. Couriere, Botschaften, Postunterhaltungen, Verhaftungen, Meineide, um das Originalprotokollbuch aufrecht zu erhalten. Falsa, um es zu schaffen, Bestechungsversuche, um es zu rechtfertigen. Das enthüllte Ministerium des Originalprotokollbuchs war das enthüllte Ministerium des Monsterprozesses.

Ursprünglich war die wunderwirkende Intervention der Polizei nöthig gewesen, um den reinen Tendenzcharakter des Prozesses zu stärken. Die bevorstehenden Enthüllungen, so eröffnete Saedt die Verhandlung — werden Ihnen, meine Herren Geschworenen, beweisen, daß der Prozess kein Tendenzprozess ist. Jetzt hebt er den Tendenzcharakter hervor, um die Polizeienthüllungen vergessen zu machen. Nach der 1 1/2 jährigen Voruntersuchung bedurften die Geschworenen eines objektiven Thatbestandes, um sich vor der öffentlichen Meinung zu rechtfertigen. Nach der fünfmonathlichen Polizeikomodie bedurften sie der „reinen Tendenz“, um sich aus dem thatsächlichen Schmutz zu retten. Saedt beschränkt sich daher nicht nur auf das Material, das den Anklagesenat zu dem Urtheil

veranlaßte: „es sei kein objektiver Thatbestand vorhanden.“ Er geht weiter. Er sucht nachzuweisen, daß das Gesetz gegen Komplott überhaupt keinen Thatbestand verlangt, sondern ein reines Tendenzgesetz ist, also die Kategorie des Komplotts nur ein Vorwand ist, um politische Keger in Form Rechts zu verbrennen. Sein Versuch versprach größern Erfolg durch Anwendung des nach der Verhaftung der Angeklagten promulgirten neuen preussischen Strafgesetzbuchs. Unter dem Vorwand, dies Gesetzbuch enthalte mildernde Bestimmungen, konnte der servile Gerichtshof dessen retroactive Anwendung zulassen.

War aber der Prozess ein reiner Tendenzprozess, wozu die 1 1/2 jährige Voruntersuchung? Aus Tendenz. Da es sich also einmal um Tendenz handelt, sollen wir nun die Tendenz prinzipiell mit einem Saedt-Stieber-Sedenhof, mit einem Göbel, mit einer preussischen Regierung, mit den 300 meist Befesteten des Regierungs-Bezirks von Köln, mit dem königlichen Kammerherrn von Münch-Bellinghausem und mit dem Freiherrn von Fürstberg diskutiren? Pas si bête.

Saedt gesteht, (Sitzung vom 8. November) „daß als ihm vor wenigen Monaten der Auftrag zu Theil wurde und zwar durch den Hrn. Oberprocurator, das öffentliche Ministerium mit ihm in dieser Sache zu vertreten, und als er in Folge dessen die Akten durchzulesen begann, er zuerst auf die Idee kam, sich mit dem Kommunismus und Sozialismus etwas näher zu beschäftigen. Er fühlte sich deshalb um so mehr gedrungen, den Geschworenen das Resultat seiner Nachforschungen mitzutheilen, als er von der Unterstellung ausgehen zu dürfen glaubte, daß vielleicht manche unter ihnen, gleich ihm, sich damit noch wenig beschäftigt hätten.“ Saedt kauft sich also das bekannte Kompendium von Stein.

„Und was er heute gelernt, das will er morgen schon lehren.“ Aber das öffentliche Ministerium hatte ein eigenthümliches Unglück. Es suchte den objektiven Thatbestand Marx und es fand den objektiven Thatbestand Cherval. Es sucht den Kommunismus, den die Angeklagten propagiren, und es findet den Kommunismus, den sie bekämpft haben. Im Kompendium Stein finden sich allerdings allerlei Sorten Kommunismus, nur nicht die Sorte, die Saedt sucht. Stein hat den deutschen, den leitischen Kommunismus noch nicht registriert. Allerdings befindet sich in Saedt's Händen das „Manifest der kommunistischen Partei“, das die Angeklagten als das Manifest ihrer Partei anerkennen. In diesem Manifest befindet sich wieder ein Kapitel, das die Kritik der ganzen bisherigen sozialistischen und kommunistischen Literatur, also der ganzen von Stein registrierten Weisheit enthält. Aus diesem Kapitel muß sich der Unterschied der angeklagten kommunistischen Richtung von allen früheren Richtungen des Kommunismus ergeben, also der spezifische Inhalt und die spezifische Tendenz der Lehre, gegen die Saedt requirirt. Rein Stein half bei diesem Stein des Anstoßes. Hier mußte man verstehen, sei es auch nur um zu verlogen. Wie hilft sich nun der von Stein im Stiche gelassene Saedt? Er behauptet: „Das Manifest besteht aus 3 Abschnitten. Der erste Abschnitt enthalte eine historische Entwicklung der gesellschaftlichen Stellung der verschiedenen Bürger (!) vom Standpunkt des Kommunismus. (very fine) . . . Der zweite Abschnitt enthalte die Stellung der Kommunisten gegenüber den Proletariern. . . . Endlich im letzten Abschnitt werde über die Stellung der Kommunisten in den verschiedenen Ländern gehandelt. . . .“ (Sitzung vom 6. Nov.)

Das Manifest besteht nun allerdings aus 4 Abschnitten und nicht aus 3, aber was ich nicht weiß, macht mich nicht heiß. Saedt behauptet daher, es bestehe aus 3 Abschnitten und nicht aus 4. Der Abschnitt, der nicht für ihn besteht, ist derselbe unselige Abschnitt, der die Kritik des von Stein protokolirten Kommunismus, also die spezifische Tendenz des angeklagten Kommunismus enthält. Armer Saedt! Erst fehlt ihm der Thatbestand, jetzt fehlt ihm die Tendenz.

Aber grau, theurer Freund, ist alle Theorie. Die „sogenannte soziale Frage, bemerkt Saedt, und ihre Lösung hat in neuerer Zeit Vernunft und Unvernunft beschäftigt.“ Saedt gehört jedenfalls zu den Vernünftigen, denn der Oberprocurator Sedenhof hat ihn amtlich vor 3 Monaten zum Studium des Sozialismus und Kommunismus „berufen“. Die Saedt's aller Zeiten und aller Orten haben von jeher darin übereingestimmt, den Galiläi für „unberufen“ zur Erforschung der Himmelsbewegung, den Inquisitor aber, der ihn verkehrte, für „berufen“ zu erklären. E por si muove.

In den Angeklagten stand den als Jury herrschenden Klassen das revolutionäre Proletariat waffenlos gegenüber; die Angeklagten waren also verurtheilt, weil sie vor dieser Jury standen. Was das bürgerliche Gewissen der Geschworenen einen Augenblick erschüttern konnte, wie es die öffentliche Meinung erschüttert hatte, war die bloßgelegte Regierungs-Intrigue, die Corruption der preussischen Regierung, die sich vor ihren Augen enthüllt hatte. Aber, sagten sich die Geschworenen, aber wenn die preussische Regierung so infame und zugleich so waghalsige Mittel gegen die Angeklagten risirt, wenn sie so zu sagen ihren europäischen Ruf auf's Spiel gesetzt hat, nun dann müssen die Angeklagten, kleine Partei so viel man will, verdammt gefählich und jedenfalls muß ihre Lehre eine Macht sein. Die Regierung hat alle Gesetze des Criminalcodex verlegt, um uns vor dem criminellem Ungehauer zu schützen. Berlegen wir unsereits unser bischen point d'honneur, um die Ehre der Regierung zu retten. Seien wir dankbar, verurtheilen wir.

Rheinischer Adel und rheinische Bourgeoisie stimmten mit ihrem Schuldig in den Schrei ein, den die französische Bourgeoisie nach dem 3. Dezember ausließ: „nur noch der Diebstahl

kann das Eigenthum retten, nur noch der Meineid die Religion, nur noch das Bastardthum die Familie, nur noch die Unordnung die Ordnung!“

Das ganze Staatsgebäude hat sich in Frankreich prostituiert. Und doch hat sich keine Institution so tief prostituiert, wie französische Gerichtshöfe und Geschworene. Uebertreffen wir die französischen Geschworenen und Richter, riefen Jury und Gerichtshöfe zu Köln. In dem Prozess Cherval, unmittelbar nach dem Staatsstreich, hatte die Pariser Jury den Rette freigesprochen, gegen den mehr vorlag als gegen einen der Angeklagten. Uebertreffen wir die Jury des Staatsstreichs vom 2. Dezember. Beurtheilen wir im Röser, Bürger's u. nachträglich den Rette.

So ward der Aberglaube an die Jury, der in Rheinpreußen noch wucherte, für immer gebrochen. Man begriff, daß die Jury ein Standgericht der privilegierten Klassen ist, eingerichtet, um die Lücken des Gesetzes durch die Brücke des bürgerlichen Gewissens auszufüllen.

Jena! . . . das ist das letzte Wort für eine Regierung, die solcher Mittel zum Bestehen und für eine Gesellschaft, die solch einer Regierung zum Schutz bedarf. Das ist das letzte Wort des Kölner Kommunistenprozesses . . . Jena!

Fremdwörter-Erklärung: falsa, Fälschungen; promulgiren, als in Gesetzkraft stehend verkündigen; retroaktiv, rückwirkend; pas si bête, nicht so dumm; propagiren, verbreiten; very fine, sehr schön; e por si muove, und sie bewegt sich doch; point d'honneur, Ehrenpunkt, Ehrgesühl.

Die Rede Jörgs,

welche den Anlaß zu der Reichstagsrede vom 4. Dezember gab, und über welche die Reptilienpresse so niederträchtig gelogen hat, lautet, mit Beibehaltung der einleitenden Worte, nach dem amtlichen stenographischen Bericht wie folgt:

Es ist am Ende doch für keinen Unbefangenen zu leugnen, daß gerade im Laufe dieses Jahres in der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten des Reiches in sehr greisbarer Weise ein persönliches Regiment zu Tage getreten ist. Wir haben erst in den letzten Tagen vom Bundesrathselbst selbst gehört, daß die menschlichen Schwächen ja allen Dingen anhaften. Das persönliche Regiment hat seine bedenkliche Seite, und wenn es auch von der genialsten Persönlichkeit getragen wird. Ja, ich behaupte sogar, je genialer der Träger, desto mehr ist er bedenklichen Zufällen, Anfällen, außerordentlichen Einfällen mitunter ausgesetzt. (Weiterkeit.) Ja, es ist meine Ansicht, und ich glaube, daß die Geschichte das lehrt, daß die sogenannten Säkularmenschen mitunter in gewissen Momenten, entsprechend ihrer kolossalen Erscheinung, auch ganz kolossalen Fehlgriffen ausgesetzt sind, und da meine ich nun, meine Herren, der Artikel 8, Absatz 3 der Reichsverfassung, (derselbe lautet: „Außerdem wird im Bundesrathe aus den Bevollmächtigten der Königreiche Baiern, Sachsen und Württemberg und zwei, vom Bundesrathe alljährlich zu wählenden Bevollmächtigten anderer Bundesstaaten ein Ausschuss für die auswärtigen Angelegenheiten gebildet, in welchem Baiern den Vorsitz führt.“) Dieser Ausschuss ist, wie Jörg mit Recht rügt, und was seine Angriffe vollkommen rechtfertigt, im laufenden Jahr noch gar nicht, überhaupt in Allem erst ein einziges Mal, und zwar bei einer unbedeutenden Gelegenheit (Japan betreffend) versammelt und in Funktion gewesen. Enthält sehr viele Weisheit, denn wie ich in den Absatz verstehe, so soll es eben den Vertretern der übrigen Bundesstaaten möglich sein, „mäßigen“, beruhigend einzuwirken, wenn ich so sagen darf „die Milch der frommen Denkungsart“ einzugießen. (Weiterkeit.) Und, meine Herren, von diesem Artikel haben wir bei uns in Süddeutschland sehr viel, wir sind eminent friedliebende Leute.

Jedenfalls aber bin ich der Meinung, daß auch an diesem Punkte wieder der Kausalzusammenhang mit dem Absatz 2 Artikel 11 der Reichsverfassung einleuchtet, denn es soll eben dadurch vermieden werden, daß der Bundesrath eines schönen Morgens vor der unendlich peinlichen Situation stehe, die wir im bayerischen Landtage von 1866 ausgestanden haben, damals, als hin und her diskutirt wurde über die Frage, ob und wie weit zu unterscheiden sei zwischen dem Angreifer und dem Friedenrichter und dem Urheber des Friedensbruchs.

Ich glaube, meine Herren, daß ich mich Ihnen durch ein paar Beispiele noch deutlicher machen soll.

Als der neugewählte Reichstag im Februar dieses Jahres hier zusammenkam, da war die ganze diplomatische Welt und insbesondere Berlin voll von dem „kalten Wasserstrahl“, den der Herr Reichskanzler damals in das Versailler Kabinet gerichtet hatte. Der Ausdruck von dem kalten Wasserstrahl rührt nicht von mir her, sondern von dem Herrn Reichskanzler selbst und zwar aus einer Unterredung, deren der Herr Reichskanzler einen fahrenden Publizisten aus dem Magyarenland gewürdigt hatte. Der kalte Wasserstrahl bestand bekanntlich in einer Depesche, welche von dem hiesigen auswärtigen Amt dem Kabinet von Versailles, dann aber, wenn anders den inspirirten Organen von damals zu glauben war, auch den anderen Kabinetten insinuiert wurde, des Inhalts: wenn es sich herausstellen sollte, daß es für das deutsche Reich nicht möglich sei, mit dem westlichen Nachbar in einem dauernden Frieden zu leben, dann würde man in Berlin nicht etwa abwarten, bis die Franzosen vollkommen zum Loschlagen gerüstet wären, sondern man würde den geeigneten Moment selbst wählen und die Initiative ergreifen. (Sehr richtig!) Sehr richtig sagen Sie, meine Herren, und ich sage auch so. Ich finde diese Sprache in der That ganz praktisch. Aber was war denn der Grund, das Motiv, weshalb man im auswärtigen Amte annehmen zu müssen

gläubte, daß mit dem westlichen Nachbar in einem dauernden Frieden sehr wahrscheinlich nicht zu leben sein würde? Wieder nach Angabe der bereits von mir erwähnten Organe war es die Thatsache, daß ein paar französische Bischöfe Hirtenbriefe erlassen hatten in dem bekannten schwungvollen Stil, der nun einmal in dem französischen National-Charakter liegt, und daß sie in diesen Hirtenbriefen die Lage des Oberhauptes der katholischen Kirche, wie auch den deutschen „Kulturkampf“ in einer Weise besprochen hatten, welche im auswärtigen Amte zu Berlin allerdings nicht gefallen konnte. Es hat mir, nebenbei gesagt, auch nicht gefallen. Daraus aber hat man den politischen oder diplomatischen Schluss gezogen: Nachdem das deutsche Reich die sogenannten Ultramontanen bis zur Vernichtung bekämpft, kann es nicht dulden, daß irgend eine benachbarte Macht dem Ueberwuchern des Ultramontanismus ruhig zusehe, wenn nicht gar denselben befördere; das Letztere hat das französische Cabinet gethan und es beweist, daß es noch fortwährend dasselbe thut, indem diese Bischöfe nicht einmal vor Gericht gezogen worden sind.

Nun bin ich der Meinung, daß das gerade ein Fall gewesen wäre, der sich ganz eminent für den diplomatischen Ausschuss geeignet hätte; denn das unterliegt doch gar keinen Zweifel, daß eine solche Argumentation auf das Allerdirekteste dem Nicht-interventionsprinzip widerspricht, welches die erste kaiserliche Thronrede proklamirt und der erste deutsche Reichstag in unmöglich noch feierlicherer Weise sanktionirt hat. Wenn es meine Herren, zum Kriege gekommen wäre, über eine solche flagrante Einmischung in die innersten Angelegenheiten einer fremden Nation — so flagrant, wie eine flagrantere ohne Zweifel nie da war und nie mehr wird kommen können — (Oho! Sehr richtig!) — das wäre nicht nur ein Interventionskrieg gewesen, das wäre — die öffentliche Meinung fremder Völker, namentlich die Englands, hat das alsbald herausgeführt — ein Religionskrieg gewesen. (Oho! Sehr richtig!) Es freut mich, meine Herren, wenn die Laute, die an mein Ohr schlagen, mir beweisen, daß vor dem Wort Religionskrieg im 19. Jahrhundert auch Sie sich entsagen. Aber so wäre es gekommen und hätte es kommen müssen; denn nach dem natürlichen Gange der Dinge läßt sich die Ursache in der Wirkung niemals verleugnen. (Sehr richtig!)

Ein zweiter Fall, meine Herren. In den Tagen, als aus Anlaß der Freveltthat eines halboverrückten Menschen in Rissingen (Rufe: Er war gar nicht verrückt!) ein guter Theil der deutschen Denkart nahezu in's Delirium gerathen war, (Sehr richtig!) in diesen Tagen ist die spanische Interventionsfrage vom Himmel gefallen. Ich sage mit Bedacht Interventionsfrage, denn nach Allem, was ich in der maßgebenden Presse, namentlich Berlins, gelesen habe, hat es sich anfänglich allerdings um die Absicht gehandelt. Erst nachträglich haben die eben gedachten Organe Wasser in ihren Wein geschüttet und haben sich begnügt mit der diplomatischen Anerkennung der revolutionären Diktatur in Spanien, eines Mannes, mit dessen Namen ich meinen Mund nicht inkommodiren will. (Unruhe links. Sehr richtig! im Centrum.)

Nun, meine Herren, sehen Sie, an diesem spanischen Fall, an dieser spanischen Interventions- oder Anerkennungsfrage — heißen Sie sie, wie Sie wollen — habe ich förmlich die hohe Weisheit des Absatzes 3, Artikel 8 der Reichsverfassung studirt. Ich habe mich gefragt, wenn gemäß dieser Bestimmung der Reichsverfassung der Fall vor den diplomatischen Ausschuss gekommen wäre, was hätte da geschehen müssen? Ich bemerke nebenbei, meine Herren, der Herr Reichskanzler hat in der letzten Sitzung gesagt: „ich habe ein Veto;“ das will ich durchaus nicht bestreiten in allem dem, was ich mir jetzt zu äußern erlaube. Was hätte der diplomatische Ausschuss gethan? Ich denke, meine Herren, der diplomatische Ausschuss, ruhige, klar blickende und unbefangene Männer hätten vor allem die Motive untersucht, welche für diese diplomatische Operation angegeben worden sind. Er hätte untersuchen müssen, wie es denn eigentlich mit den sogenannten karlistischen Greueln stehe, mit der kriegsgerichtlichen Exekution gegen den unglücklichen Hauptmann Schmidt, dessen Namen ich übrigens, wie ich ausdrücklich bemerke, nur mit Achtung nenne, denn dieser Mann hat sein durch Unvorsichtigkeitler verfauldetes Schicksal als braver Christenmuthig mühsig getragen und so ist er in den Tod gegangen. Der diplomatische Ausschuss hätte sodann untersuchen müssen, wie es denn eigentlich mit der merkwürdigen Logik stehe, welche wir in den inspirirten Organen als ein weiteres Motiv des betreffenden Verfahrens gehört und gelesen haben. Das war einfach folgender merkwürdiger Syllogismus. Wir müssen von Reichswegen die Ultramontanen bekämpfen, wo immer wir sie finden, die Karlisten sind Ultramontane, also müssen wir die Karlisten bekämpfen, wo wir sie finden und an sie herantreten. Endlich, meine Herren, aber nicht zum wenigsten, hätte der diplomatische Ausschuss, wie ich glaube, sich genau erkundigen müssen, was denn die andern Mächte von der Sache halten, ganz insbesondere, was Rußland von der Sache hält. (Gelächter.) Ja, meine Herren, ich weiß nicht warum Sie da lachen; ich weiß es nicht, denn ich glaube, daß derjenige Mann des Namens eines deutschen Politikers nicht werth wäre, der nicht weiß, daß das Jünglein der europäischen Waage jetzt in St. Petersburg liegt, der nicht weiß, daß die neuesten Umwälzungen im europäischen Staatensystem vor Allem die Wirkung gehabt haben, das politische Uebergewicht Rußlands in einer Weise zu befestigen, wie es niemals der Fall war; — (Oho; links und bei den Konservativen Gelächter) lassen Sie mich nur ausreden, ich bin noch nicht fertig, Sie können dann auf einmal lachen — (Weiterkeit) — der nicht weiß, meine Herren, daß das große Wort: ohne seine Erlaubnis darf kein Kanonenschuß in Europa abgefeuert werden, jetzt — täuschen Sie sich nicht — von Rußland gilt.

Sehen Sie, meine Herren, im Wege dieses diplomatischen Ausschusses glaube ich, wäre das bekannte russische Desaveu vermieden worden, das Fiado, meine Herren, von dem ich glaube, daß der Herr Reichskanzler viel darum gäbe, wenn er es ungeschehen machen könnte. Das wäre, glaube ich, im Wege einer ruhigen Erwägung und Berathung nach Absatz 3 des Artikel 8 der Reichsverfassung vermieden worden. (Gelächter links.)

Und so, meine Herren, bin ich allerdings der Meinung, welche im Jahre 1870 von der bayerischen Regierung so hoch gehalten wurde, der Meinung, daß in dieser reichsverfassungsmäßigen Bestimmung allerdings eine sehr ernste Friedensgarantie liegen könnte, eine ernstere vielleicht liegen könnte, als in dem vielgerühmten Dreikaiserbündniß, auf welches seit oben gedachtem russischen Desaveu eigentlich doch Niemand mehr recht Vertrauen hat.

Nun aber, meine Herren, eile ich zum Schluß. Ich habe nur noch ein paar Bemerkungen zu machen, die Sie vielleicht interessieren werden. (Gelächter links.)

Ich beginne nämlich die erste der Bemerkungen mit dem Zugeständnisse, daß ich es allerdings begreife, wenn es dem Herrn Reichskanzler schwerer wird, die verfassungsmäßige Bestimmung des Absatz 3, Artikel 8 in wirkliche Aktivität kommen zu lassen. Ich sage, ich begreife das, meine Herren! Als es sich handelte um

den unglückseligen Bürgerkrieg im alten Deutschland von 1863 (Rufe: 1866!) von 1866, da hat der Herr Reichskanzler zu dem italienischen Unterhändler General Savone gesagt: ich bin mehr Preuße als Deutscher. Meine Herren, ich begreife auch das, ich finde das menschlich und natürlich; ich glaube, wenn der Herr Reichskanzler damals das Gegentheil gesagt hätte, so hätte er das Recht verloren, später vor Ihnen öffentlich zu versichern, daß er seines Erinnerns niemals amtlich eine Unwahrheit gesagt habe. Ich weiß sehr wohl, meine Herren, es ist das ein etwas trivialer Ausdruck, aber ich will ihn doch gebrauchen: daß es für Niemand leicht ist, aus seiner Haut heraus und in eine neue hinein zu fahren (Heiterkeit), ich habe das an mir selbst erfahren, meine Herren. (Große Heiterkeit.) Ja, meine Herren, Sie lachen abermals, aber es ist das wenigstens für meine Person eine ernsthafte Sache, daß, trotzdem ich in Bayern nicht wenige Leute vor mir habe, welche die fragliche Operation mit dem glänzendsten Erfolge an sich vorgenommen haben, ich doch ihnen nicht nachkommen kann. (Heiterkeit.)

Also, wie gesagt, meine Herren, ich begreife vollkommen, wenn der Reichskanzler zu Absatz 3, Artikel 8 eine nicht sehr willige Stellung hat, aber ich glaube auch, meine Herren, hier muß es sich gebeugt sein, wenn man nicht nachträglich in den üblichen Schein kommen will, als wenn man bei Aufstellung der Reichsverfassung den Souveränen der einzelnen Staaten wirklich habe Zustimmung geben wollen, die man zu halten nicht gesonnen ist. (Oho!) In seiner berühmten Rede über das Militärgesetz hat der Herr Abgeordnete Graf v. Moltke gesagt: „Achtung haben wir uns überall erworben, Liebe aber nirgends.“ Ich darf wohl annehmen, daß der Herr Abgeordnete Graf v. Moltke von seinem Standpunkte aus unter „Achtung“ vor Allem verstanden hat, die wohlbegründete Scheu der fremden Nationen vor dem ungemein großen militärischen Uebergewicht des geeinigten Reiches. Aber ich glaube, daß nichts desto weniger mit großem Bedacht der Herr Abgeordnete Graf Moltke für diese Scheu den Ausdruck „Achtung“ gebraucht hat; denn die im Kriege begründete Scheu, die soll durch eine geeignete Friedenspolitik zur wahren Achtung fremder Nation erhöht und veredelt werden. Ich begreife, meine Herren, wenn ein Mann, der excellirt hat in der Kunst der Kriegspolitik, vielleicht in der nun ihm obliegenden Friedenspolitik sogar eine größere Kunst findet. Aber dazu, meine Herren, soll der Absatz 3, Artikel 8 (Weiterkeit) beihilflich sein; es ist nicht nur das verfassungsmäßige Recht der Vertreter der übrigen Bundesstaaten, an diese Bestimmung zu erinnern, es ist auch ihre verfassungsmäßige Pflicht, und ich schließe damit, daß ich sage: es ist hohe Zeit, daß Sie sich dessen erinnern.“ (Bravo! im Centrum.)

Politische Uebersicht.

— Fortschrittliche Bildung. Gelegentlich der Berathung des Etats sprach der Reichstagsabgeordnete Hasselmann kurz gegen das System der indirekten Besteuerung, und wurde dabei namentlich von fortschrittlicher Seite, insbesondere vom Abgeordneten Richter in unanständiger Weise unterbrochen. Der „Neue Sozialdemokrat“ schreibt darüber: „Der Herr Eugen Richter hat während der Rede Hasselmanns so fleißige Zwischenrufe ausgestoßen, daß auf ausdrückliches Verlangen des Vicepräsidenten des Reichstages dieselben, obgleich die Stenographen sie notirt hatten und der stenographische Bericht bereits gedruckt war, aus Legitimation gestrichen werden mußten, weshalb derselbe um einen Tag später erscheint. Hasselmann sprach den Wunsch aus, diese Pöbelei möchte zur Charakteristik des Abgeordneten für Pagen und als Aolis für den Rohheitsstatistiker Hartort stehen bleiben, und der Vicepräsident erklärte, er würde unbedingt Herrn Richter zur Ordnung gerufen haben, falls er im Augenblicke, wo die Aeusserungen fielen, sie im allgemeinen Lärm hätte verstehen können.“ Nicht wahr, ein hübsches „Culturbild“ aus dem Reichstage?

— Zum Capitel vom leichtbeleidigten Mann schreibt ein süddeutsches Preshpreil:

„Auffälliger Weise sind sogar liberale Blätter — sentimental genug, es dem Reichskanzler zu verübeln, wenn er gegen die größten der menschlichen (!) Angriffe, denen er tagtäglich von Seite der ultramontanen Presse ausgesetzt ist, die Hülfe der Gerichte in Anspruch nimmt. So sagt z. B. der „Curier für Niederbayern“: „Wir brauchen kaum zu versichern, daß wir den Fürsten Bismarck als einen großen Mann verehren, aber für ungleich größer würden wir ihn halten, wenn er sich über die Angriffe der reichsfeindlichen Presse hinwegsetzte, und mit seinen Strafanträgen, deren seit ein paar Jahren über 700 gestellt wurden, weniger verschwenderisch sein würde. Sprach er doch im Reichstage nicht ohne Stolz das Wort aus: daß er der bestgehaßte Mann Europas sei und wir dächten, daß sich in diesem Bewußtsein die meist sehr armen und läppischen Angriffe leicht ertragen ließen, welche die jesuitische Schandpresse gegen ihn unternimmt.“ — Hierauf antwortet jedoch der gleichfalls liberale (und reptilifizierte) „Frankische Curier“: „Wir vermögen nicht einzusehen, daß Bismarck deshalb, weil er ein großer und hochgestellter Mann ist, die Verpflichtung habe, ruhig zu dulden, daß ungewaschene Preshengel (wie sein!) von schwarzer oder rother Couleur ihr Mithchen an ihm fühlen. Wenn wir über die Strafe gehen und ein dummer Gassenjunge (!) uns mit Noth dewirft, so geben wir uns natürlich nicht die Mühe, ihm nachzulaufen; befindet sich aber besagter Gassenjunge (!) im Bereiche unserer zehn Finger, so erlauben wir uns schon, ihn am Ohrschläppchen zu fassen und ihn tüchtig zu maulschellen. So verfährt Bismarck mit dem Preshbänkthum (!); und wenn er wirklich binnen wenigen Jahren 700 Strafanträge gestellt hat, so erblicken wir hierin keine Schande für ihn, sondern für die deutsche Presse, in deren Reihen es so viele traurige Vurfsen giebt, welche ein politisches System nicht anders zu bekämpfen verstehen, als indem sie dessen Träger persönlich verleumden und beschimpfen. Ja wir gehen noch weiter, wir sagen: Fürst Bismarck hat die Pflicht, der systematischen Beschimpfung seiner Person entgegenzutreten. Denn was soll das Volk schließlich für einen Begriff von unseren Zuständen im Reich bekommen, wenn der Mann, welcher an der Spitze der Reichsregierung steht und mit gewaltiger Hand das Staatsschiff lenkt, von einer gewissen Presse befändig als Ausbund aller Schlechtigkeit geschildert wird? Das darf er nicht dulden, wenn ihm das Wohl und die Ehre des Reiches am Herzen liegt, und wenn er die ad majorem dei gloriam als „Redakteure“ Gastrollen gebenden Schimpfschiffen brav einstecken läßt, so hat weder unser allgemeines menschliches, noch unser speziell journalistisches Rechtsbewußtsein Etwas dagegen einzumenden.“

Gut geizigt, Reptil! Der Präsident der Vereinigten Staaten wird von der Presse ganz anders angegriffen als Fürst Bismarck, und hat doch noch nie einen Preshproch angestrengt. Freilich er hat auch keinen Wagener zum Freund, und figurirt in keinen

Lamarmora-Enthüllungen. Ob es von Seiten eines Staatsmanns würdiger ist, auf öffentliche Angriffe, falls sie überhaupt zu berücksichtigen, öffentlich zu antworten, oder durch eine Privatklage, das ist eine Frage, welche für Jedermann, ausgenommen die Preshpreil, längst entschieden ist.

— Gleichheit vor dem Gesetz. In der „Kölnischen Zeitung“ vom 12. d. steht zu lesen:

„Königsberg, 7. Dec. Als kürzlich ein pensionirter General auf einem hiesigen Bagatellamte als Partei zu thun hatte und beim Gerichts-Deputirten über den Mangel einer beoorzugten Verhandlung beschwerte, antwortete dieser dem General: „Hier an der Gerichtsstätte werde Jeder gleich behandelt, ob ein General oder Arbeiter ist.“ Der General beschwerte sich darüber bei dem Chef-Präsidenten des ostpreussischen Tribunal und obgleich die Antwort des Richters, ganz in Uebereinstimmung mit dem Artikel 4 der preussischen Verfassungs-Urkunde: „Alle Preußen sind vor dem Gesetze gleich, Ständevorrechte finden nicht Statt“, ausgefallen war, so hat doch, wie die „Königsberger Hartung'sche Zeitung“ wissen will, der Herr Chef-Präsident dem Richter gegenüber deshalb sein Mißfallen auszusprechen Veranlassung gehabt.“

Also „Mißfallen“, weil die Verfassung geachtet und ein General vor Gericht gleich einem Arbeiter behandelt wurde. Commentar ist überflüssig.

— In der „Dresdener Zeitung“ lesen wir: „Dem Bekanntheit nach ist die russische Regierung aufmerksam geworden, die erfahren, ob und in welchem Grade sich die an der Leipziger Universität Studirenden russischer Nationalität der sozialdemokratischen Agitation angeschlossen haben. Die russische Regierung hat bekanntlich hier an der Universität eine Art Seminar errichtet, von dem die russischen Studirenden beträchtliche Vorthelle genießen. Den Anlaß zu der Untersuchung scheint die seinerzeit vom „Volkstaat“ gebrachte Mittheilung gegeben zu haben, daß der sozialdemokratische Congreß in Koburg ein Begrüßungs- und Zustimmungstelegramm von hiesigen russischen Studirenden empfangen habe.“ Wir haben zu Obigem zu bemerken, daß in dem betreffenden Telegramm von russischen Studenten gar nicht die Rede war.

— Der Nothstand in Wien muß entschieden sein. Wie wir in gegnerischen Blättern lesen, „hat sich der Polizeipräsident von Wien veranlaßt gefunden, ein ausführliches Memorandum über die soziale Lage der Hauptstadt, sowie über die Stimmung der Bevölkerung Angesichts der täglich drückender werdenden Nothlage ausarbeiten, um es dem Kaiser mitzutheilen. Günstige Wahrnehmungen können heut zu Tage kaum gemacht werden. In der Gegenwart ist die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung der Folge der stets zunehmenden Erwerbslosigkeit in hohem Grade verstimmt. Besonders herrscht in den Arbeiterkreisen Wiens eine tiefe Verstimmung, die durch die Arbeitslosigkeit und Berarmung hervorgerufen wird. Die Arbeiterentlassungen sind in den letzten Tagen wieder zahlreicher geworden, und diese fallen um so mehr ins Gewicht, als die trüben Zeitverhältnisse eine Vertheilung der disponiblen Arbeitskräfte nach den Provinzen unmöglich machen. Ein großes Bild der Situation in den Arbeiterkreisen liefern die massenhaften Exekutionen armlösig, Hauswirthschaften in Folge überhandnehmender Verschuldung. Dabei hält in einzelnen dichtbesiedelten Vororten Wiens bereits das böse Gespenst des Hungers seinen Umzug, und die rauh und nasse Bitterung, die seit einigen Tagen eingetreten ist, drückt deshalb doppelt schwer auf die Gemüther.“

Ein schönes Gemälde unserer heutigen sozialen Zustände! Wohlzemerkt, auf größeren oder kleineren Raum zusammengedrängt, paßt dieses Gemälde so ziemlich auf alle Industriezentren Deutschlands und Oesterreichs. Was das „Memorandum“ der Wiener Polizei wohl nützen wird? Warten wir ab.

— Nach Berichten aus Frankreich soll Blanqui wieder genesen sein, und die Regierung sich entschlossen haben, „seine Strafe zu mildern“, und ihn in Algier zu interniren. Dagegen heißt, man will ihm einen etwas größeren Käfig anweisen. „Wilde“ in diesem Falle zu reden, ist frecher Hohn. Blanqui's Einsperkung war ein brutaler Gewaltstreich — bei der Gerichts- farce, die man für nöthig hielt, wurde nicht einmal der Versuch gemacht, Blanqui einer strafbaren Handlung zu überführen. Und denselben Rechte kann ein Räuber, der seinem Opfer statt der Bursel bloß die Ohren abschneidet und ihm Arme und Beine zerbricht, von „Wilde“ reden!

— Gegenüber direkten und indirekten Versuchen, uns zu Parteiergreifung in den leider noch nicht beigelegten Zwistigkeiten der amerikanischen Sozialisten zu bestimmen, müssen wir unsere frühere Erklärung wiederholen, daß der „Volkstaat“ als Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands im Interesse der gemeinsamen Sache die strikteste Neutralität beobachtet wird. Jede Einmischung unsererseits könnte nur nachtheilige Folgen haben.

— Unsere Prophezeiung, daß der Proceß wider Gustav Rasch, wegen des Buches: „Die Preußen in Elsaß-Lothringen“ sich im Sande verlaufen werde, scheint sich bewahrheiten zu wollen. Nachdem der Versuch, dem Angeklagten den Beweis der Wahrheit abzuschneiden, an der Unabhängigkeit der braunschweiger Richter gescheitert ist, hat man in Berlin kein Interesse mehr, in der Sache vorzugehen. Der als Zeuge citirte Agidi hat Befehl erhalten, sich in das Amtsgeheimniß zu hüllen, und trotz aller Drängens des Angeklagten will der Proceß nicht von der Stelle rücken. Wir sind begierig, wie Fürst Bismarck, der ebenfalls ein Zeugniß-Abgabe aufgefordert ist, sich aus der fatalen Affaire ziehen wird.

— Am 10. Dezember stand Parteigenosse Ulrich aus Braun-schweig vor dem Esarter Kreisgericht, um sich wegen Vergehens gegen den § 130 des Reichsstrafgesetzbuchs zu verantworten. Der Staatsanwalt beantragte 3 Monate Gefängniß und sofortige Verhaftung. Der Gerichtshof erkannte auf 50 Thaler Geldbuße und Tragung der Kosten.

— Am 25. November wurde Parteigenosse Sauren von dem Zuchtpolizeigericht in Düsseldorf zu einer Woche Gefängniß verurtheilt; der Staatsanwalt beantragte, wie seiner Zeit mitgetheilt worden ist, 3 Monate Gefängniß.

— Aus Eisenach meldet man uns, daß Parteigenosse Giffey am 14. d. M. ohne Angabe der Gründe auf's Reich verhaftet worden sei. Vermuthet wird, daß die in Nr. 1

des „Volkstaat“ mit Giffey's Namensunterchrift abgedruckte Correspondenz aus Eisenach der Anlaß zu der Verhaftung sei.

Am 3. Dezember starb in Stuttgart Gottlob Tafel. Geboren am 10. Januar 1801, erhielt er schon 1824 die Feuer- taufe eines Hochverratsprozesses, und ist der Sache des Volkes treu geblieben bis zum Tode. War er auch nicht Sozialist im engeren Sinne des Wortes, so hat er doch die Berechtigung der Sozialdemokratie rückhaltlos anerkannt und unserer Partei Vor- schub geleistet. Ehre seinem Andenken!

Zur Kinder- und Frauenarbeit in Fabriken

heißt es in der Eingabe des schweizerischen Arbeiterbundes (siehe Nr. 145):

Betreffend die Kinderarbeit in Fabriken, ist der allge- meine Wunsch dahin gehend, daß kein Kind unter 15 Jah- ren zur Fabrikarbeit zugelassen werden darf, ferner, daß vom 15. bis zum vollendeten 16. Lebensjahre die tägliche Arbeitszeit nur 6 Stunden betragen darf.

Zur Stellung dieses Begehrens sind wir gedrängt worden durch die erwiesenen Thatsachen, daß die Fabrikarbeit von schwä- chen, zarten Kindern, auf deren körperlichen und geistigen Orga- nismus zerstörend einwirkt. Alle medizinischen und pädagogischen Autoritäten sind darin einig, erstere, daß der, in der Entwicklung begriffene Organismus eines jungen Kindes den Einwirkungen der meistentheils dumpfen und staubgeschwängerten Fabrikluft und der mehr oder minder anstrengenden mechanischen Handarbeit nicht Widerstand genug leisten kann; letztere darin, daß von einer wirk- lich bildenden Erziehung keine Rede sein kann bei Kindern, die ihre Jugendzeit in den Fabriken zubringen müssen. Hat ja doch auch Herr Bundesrath Wettli zugestanden, „daß unsere militä- re Pflichtige Jugend in den Fabriken zu Grunde gehe“, und Herr Oberst Stählin hat dafür den triftigsten Beweis gegeben, indem er anführte, daß von 2600 militärpflichtigen Niedererlassenen des Jahres 80 pEt. militäruntaugliche Fabrikarbeiter seien. — Kann man sich eine vernichtendere Kritik der jetzigen Fabrikverhältnisse denken, als wie sie durch das jetzt angeführte Beispiel gegeben ist, und hat nicht der Staat, Angesichts dieser statistisch festgestellten Thatsache die dringende Pflicht, durch eingreifende Gesetzgebung Leben und Gesundheit seiner Bürger zu schützen?

Von der Erkenntnis ausgehend, daß nur durch weitgehendste Bildung die Wohlfahrt des Einzelnen wie der Gesamtheit auf Dauer begründet werden kann, macht sich in weiten Kreisen Stimulanses Volkes der erste Drang nach möglichst vervollkommenem Unterricht bemerkbar. Niemals aber wird wahrhafte allgemeine nstige Bildung eine Thatsache werden, niemals wird ein Volk zur wahren Kultur entwicklungsfähig werden, so lange noch die Kinder eines großen Theils der Bevölkerung, gezwungen durch die Macht des Kapitals, in den Fabriken ihre schönste Jugendzeit zubringen müssen. Die ist wohl der der Gesetzgebung eine schönere humanere Aufgabe ungeschaffen, als hier, wo sie die Kinder des armen, arbeitenden Volkes dem Familienleben, der Erziehung, der Schule, der Bil- dung zuweisen soll, und nie wird ein Akt der Gesetzgebung von besserer Folgen begleitet sein!

Seitens der Fabrikanten, welche mit Vorliebe die Arbeitskraft von Kindern verwenden, weil dieselbe in jeder Beziehung billiger ist, wird auf das ökonomische Interesse verwiesen, das auch den Eltern solcher Kinder gebietet, behufs Vermehrung ihres Einkommens zu dem Verdienste der noch unerwachsenen Kinder zu greifen. Man weiß man jedoch, daß infolge des wirtschaftlichen Gesetzes von Angebot und Nachfrage jetzt die Kinderarbeit dem erwachsenen Arbeiter eine große Konkurrenz bereitet, seinen Lohn so weit herab- drückt, daß derselbe nur in Verbindung mit dem der Kinder hin- reicht, den notwendigen Lebensunterhalt zu bestreiten, der ge- sundheitsmäßig zur Fristung der Existenz und zur weiteren Fort- bildung erforderlich ist und daß nach Wegfall dieser Konkurrenz der Lohn der erwachsenen Arbeiter steigen muß. Die Arbeiter sind deshalb über diesen ihnen entstehenden Verlust beruhigt, und wenn die Kapitalisten auf den Ausfall hinweisen, der ihnen durch das Verbot der Kinderarbeit erwachsen würde, so muß der Gesetz- geber diesen Einwand doch unbeachtet lassen. Es ist doch besser, wenn einige Menschen, die schon so wie so materiell günstig gestellt sind, quälenden einige Verluste, als daß ganze Volksklassen — einige Kantone bestehen aus einem Drittel Bevölkerung, die im Fabrik- und Manufakturgewerbe beschäftigt sind, — Schaden am Leben und Gesundheit erleiden.

Mit der Arbeit unerwachsener Personen innig zusammenhängend ist die Frauenarbeit, und lassen sich die uns eingereichten Wünsche der Arbeiter dahin formulieren, daß allen Frauen (sowie auch männlichen Arbeitern unter 18 Jahren) Nacht-, Ueberzeit- und Sonntagsarbeit ausnahms- los zu verbieten sei. Zum Reinigen von in Gang befind- lichen Maschinen und zur Fabrikation von Stoffen, in denen Gifte angewendet werden, dürfen dieselben (sowie männliche Arbeiter unter 18 Jahren) nicht zugelassen wer- den. Eine halbe Stunde vor Anbeginn der Mittagspause und eine halbe Stunde vor Feierabend sollen dieselben ihre Arbeitszeit beendigt haben, so daß ihre wirkliche Arbeits- zeit nur neun Stunden täglich betrage. In Schwanger- schaft sich befindende Frauen dürfen vor und nach ihrer Niederkunft im Ganzen zwölf Wochen nicht beschäftigt werden.

Was oben von der Schädlichkeit der Fabrikarbeit auf Kinder- arbeit gesagt wurde, läßt sich zum großen Theil auch auf die Frauen- arbeit anwenden. Ueberzeit-, Nacht- oder Sonntagsarbeit wirkt auf Frauen, die ja eine schwächere Körperkonstitution besitzen, schädlich ein.

Der Statistiker Billerme kommt nach Untersuchungen über die Verhältnisse der Fabrikstadt Mühlhausen zu dem Schluß, daß die Hälfte der Kinder von Fabrikanten, die innerhalb einer zwölfjäh- rigen Periode geboren sind, 30 Jahre alt werden, während in der gleichen Periode die Hälfte der Kinder von Spinnern, Webern u. s. w. dem vollbrachten zweiten Lebensjahre starb.

Das hier von der Fabrikstadt Mühlhausen Gesagte ist an- schenlich auf alle einigermaßen entwickelte Industriegegenden. — Überall leidet die körperliche Entwicklung des kommenden Ge- schlechts dadurch, daß die Eltern in einer elenden Lage, daß be- sonders die Mutter während ihrer Schwangerschaft zur Fabrik- arbeit greifen muß. Das ganze Werden eines Kindes ist bedingt durch die Sorgfalt, mit welcher die Mutter das auskeimende Kindes- leben bedenkt, dann dessen Gemüths- und Geistesanlagen entwickelt und leidet. Soll ein freies Volk es dulden, daß den Arbeiter- kindern diese Pflege und Leitung genommen, daß ihnen die Mutter entzogen wird und diese in der Fabrik selbst stets weiter- verkommt? Gewiß sind die diesbezüglich von den Arbeitern auf- gestellten Forderungen nicht zu hoch gespannt. Aus sanitärischen und stilligen Gründen entferne man die Frauen vor und nach ihrer Niederkunft eine Zeit lang von anstrengender Arbeit, gebe

ihnen durch etwas verkürzte Arbeitszeit Gelegenheit, das Hauswesen und die Familienangelegenheiten zu besorgen und entferne sie auch von Berichtigungen, die nur zu leicht zu Schädigungen ihrer Ge- sundheit führen.

Aus letzteren Beweggründen treffe man auch Schutzmaßregeln für männliche Arbeiter unter 18 Jahren, deren notwendige Fort- bildungsbestrebungen es nicht zulassen, daß man sie noch zur Ueberzeitarbeit verwendet.

Es muß hier hervorgehoben werden, daß die Arbeiter in ihrer Mehrzahl die vollständige Beseitigung der Fabrikarbeit von Frauen verlangen, weil selbst durch die humanste Gesetzgebung die aus solcher Arbeit entspringenden Uebelstände nicht beseitigt, die Frau der Haushaltung, die Mutter dem Kinde nicht zurückgegeben und ein geordnetes, legendreiches Familienleben nicht ermöglicht wird. Wenn wir nur aber einsehen, daß ohne Schädigung einiger Gesellschaftskreise solch weiter gehende Maßregeln nicht durchzuführen sind, wenn wir eine längere Entwicklung der menschlichen Ansichten und industriellen Verhältnisse abwarten, so haben wir um so mehr Berechtigung, auf die Berücksichtigung unserer jetzigen mäßigen Forderungen hoffen zu dürfen.

Gewerksgenossenschaftliches.

Krankenkasse der Gewerkschaft der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter beiderlei Geschlechts.

Grimmischau. Rechenschaftsbericht über die vom 22. Mai bis 10. Dezember 1874 eingegangenen Gelder: Grimmischau Thlr. 23. 7. 7., Delnsitz Thlr. 1. 7., Meerane Thlr. 3. 19., Frankenberg Thlr. 8. 9. 7., Ronneburg Thlr. 1. 25., Schmöln Thlr. 4. 10. 1., Braunschw. Thlr. 2. 24., Chemnitz Thlr. 1. 14., Großschm. Thlr. 13. 23. 5., Raasdorf Thlr. 2. 28., Oßnig Thlr. 7. 9., Wolfenbüttel Thlr. 2. 22. 8., Niederrabenstein Thlr. 3. 5., Dresden Thlr. 12. 7. 8., Riddagshausen Thlr. 2. 6., Apolda Thlr. 1. 28. 5., Münchenbernsdorf Thlr. 1. 16., Gera Thlr. 6. 1. 5., Breslau Thlr. 3. 27., Leisnig Thlr. 15. 8., Friedrichsh. Thlr. 4. 23. 1., Schöppenstein 11. 5. 2., Rudol- stadt Thlr. — 10., Rowawes Thlr. 1. 12. 5., Unterzösching Thlr. 11. 24. 3.

Für die Vorortverwaltung:
Anton Pöpsch, Turnhallenstr. 303 C.

Gewerksgenossenschaft der Maurer und Zimmerer.

Präsident. In der Hauptversammlung vom 8. d. M. gelangten die Statuten der Begräbniskasse zur Ueabstimmung, wobei be- antragt wird §§ 5 und 8 zu ändern wie folgt: § 5. Steuer- rubrik nach Markt und Pfenning einzutheilen. § 8 Zeile 11, soll es heißen: Auch ist letzteres der Fall, wenn innerhalb zwei Monaten die Hinterlassenen der ober des Verstorbenen die Unter- stützungssumme nicht erhoben haben. Bei Unglücksfällen, welche den sofortigen Tod herbeiführen, wird das volle Sterbegeld aus- gezahlt, auch wenn das betreffende Mitglied noch nicht die vollen 18 Monate gezahlt hat, jedoch sind die Steuern bis zum acht- zehnten Monate inne zu halten. § 3, Einkreibegebühr betreffend, kommt nochmals zur Besprechung und wird, falls Abänderungen nothwendig, abermals bekannt gegeben werden.

Mit sozialdemokratischem Gruß!
Karl Rischke, Schriftführer.

Metallarbeitergewerksgenossenschaft.

Braunschw., 9. Dezember. (Unse Handlungsweise in der „Unionsangelegenheit“ gegenüber den Angriffen des Herrn Th. York.) Als eine feindliche Handlung können wir das ganze Be- nehmen des Herrn York nur noch bezeichnen. Ein simples Rechen- exemplar — das, nachdem Herr Th. York die Güte hatte, es zu korrigieren, erst grünllich falsch geworden ist, da die Lokalangaben gänzlich übersehen sind, mithin die baare Einnahme im verflossenen Geschäftsjahre nicht 700 Thaler betragen konnte, — worin die Mitgliederzahl sowie der Preis (4 Sgr.) nur beispielweise ange- führt sind, und welches nur, wie aus dem ganzen Sage hervor- geht, den Zweck haben konnte, unseren Mitgliedern die Kassenver- hältnisse zu veranschaulichen, herauszugreifen, das ist sehr bequem! War denn nicht unmittelbar zuvor bemerkt, daß, laut den in diesen Tagen verhandten Abrechnungen, das Geld, um die nöthigsten Ausgaben bestreiten zu können, nicht vorhanden ist? Nun, Herr Th. York scheint mehr Klarheit zu wünschen und werden wir ihm deshalb eine Abrechnung der Hauptkasse übersenden. Vielleicht belehrt ihn selbige insofern, daß er es fernerhin nicht als bösen Willen betrachtet, wenn sich der Ausschuss irgend welcher Gewerks- schaft erlaubt eine andere Meinung, als die von Herrn Th. York vertretene, zu besitzen. Ebenso kann es für uns durchaus nicht maßgebend sein, daß die Maurer- und Zimmerer-Gewerkschaft auf obligatorische Einführung der „Union“ eingezwungen ist; unsere Mit- glieder, nicht der Ausschuss, werden über diese Frage entscheiden, und ist es, wenn der Beschluss dahin ausfällt, noch früh genug, mit Herrn Th. York wegen des Abkommens zu unterhandeln.

In Nr. 139 des „Volkstaat“ fragten wir ja: „Wollen wir zu Gunsten eines Blattes, welches den Anforderungen, die man an ein Fachorgan stellt, nicht entspreche, unsere Kasse in Frage stellen?“ Wir sind auch heute noch derselben Ansicht. Ein altes Sprichwort sagt: „Niemand kann zweien Herren dienen;“ so kann auch die „Union“ nicht sämtlichen Gewerkschaften dienen. Ausser- dem scheint uns zu einem derartigen Unternehmen Herr Th. York keine geeignete Persönlichkeit, er müßte denn sein diktatorisches Benehmen ablegen und sich eine gewissenhaftere Befolgung der Gewerkschaftsstatuten (siehe offener Brief Nr. 20 der „Union“) angelegen sein lassen. Ueber letzteres verweisen wir auf Nr. 23 (15. Dezember) der „Union“ und hoffen wir, Herr Th. York werde auch diese, gleich der Nr. 20, unsern Bevollmächtigten über- senden.

Es bleibt nur noch übrig zu erwägen: Können wir mit dem, was die obligatorische Einführung der „Union“ kosten würde, nicht etwas Anderes, Bortheilhafteres erzielen? Wir erhielten aus Gotha ein Circular der Schupmacher-Gewerkschaft überliefert. Es wird von der Vorort-Verwaltung derselben bestritten, all- monatlich ein gleiches Circular herauszugeben und den Mitglied- schaften unentgeltlich zu übersenden. Die Kosten hierfür belaufen sich pro 1000 Stück auf 6 Thlr. 10 Sgr. Es drängte sich uns nun die Frage auf: Können wir nicht durch Einführung von etwas Aehnlichem den Wünschen und Anforderungen unserer Mit- glieder ebenso gut genügen, als durch die „Union“? Zudem würde ein derartiges Unternehmen mit circa 78 Thalern für monatliches Erscheinen bestritten werden können, auch wäre zu- gleich der Grundstein für ein leizenes Fachorgan gelegt. Unserer Ansicht nach ist es Pflicht des Ausschusses, auch derartige Wünsche einzelner Mitgliedschaften zur Kenntnis zu bringen, sogar auf die Gefahr hin, uns abermals das Mißfallen des Herrn Th. York zuzuziehen zu haben.

Für die Vorortverwaltung:
E. Schubert.

Correspondenzen.

Apolda. Die Gemeinderathswahl. Wie im November jeden Jahres, so haben auch jetzt wieder Ergänzungswahlen zum Gemeinderath stattgefunden, welche auf der Oberfläche des Partei- lebens eine kleine Bewegung hervorgerufen haben. In allen Zeiten ist es so gewesen, daß jede Partei ihre Kandidaten auf- stellt, sie den Wählern empfiehlt und für ihre Wahl agitirt. Der hiesige Volkverein und ähnlich gestimmte Vereine hatten eine Kan- didatenliste aufgestellt, der gegenüber der Reichverein eine andere „gesinnungstüchtige“ Männer stellte; ja aus dem Hintergrunde ließ sich eine, wie uns scheinen will, ziemlich unberufene, Stimme vernehmen, welche im Interesse des Gemeinwohl vor „Parteiwahlen“ warnte, und die geistige Befähigung und soziale Unabhingigkeit — der gute Wille des zu Wählenden genügt dem Wiederwähler nicht — als die Hauptmomente, welche für die Wahl maßgebend sein müßten, hinstellte.

Ich kenne die Weise, ich kenne den Text
Ich kenn' auch die Herren Verfasser,
Ich weiß, sie tranken heimlich Wein
Und predigten öffentlich Wasser.

singt Heinrich Heine, und wahrlich die Melodie, welche der Wieder- man: im hiesigen Tageblatte anstimmte, wir haben sie schon ge- hört bei den Stadtverordnetenwahlen in Berlin, in Frankfurt a. M. und anderwärts, ja selbst bei Gelegenheit der Gemeinderathsw- wahlen in Frankreich (die verkommenen Franzosen machen uns großer Nation Alles nach) — leider in Apolda mit keinem besseren Erfolge, als dort, denn von sechs aufgestellten Kandidaten hat die Opposition deren fünf durchgebracht.

Eszringheim. Heute Montag Abend Volksversammlung in der Turnhalle, Tagesordnung: Sozialismus und Fortschritt, eine mündliche Antwort; Referent Motteler.“ so lauteten am Letzten des November Plakate, welche durch mangelhafte Bedienung seitens des Buchdruckers leider erst nach der Mittagsstunde angeschlagen wurden. Motteler hatte schon Freitag zuvor telegraphirt, daß Besammlung auf Montag oder Dienstag Abend anberaunt werden solle, und wir erwähnen dies nur beiläufig, weil die Gegner Mottelers plötzliches Erscheinen eine Ueberrumpelung, und die Verzögerung mit den Plakaten ein wohlberichtetes Manöver nannten. Was würde man uns antworten, wenn wir behaupten wollten, die Gegner hätten, um die Versammlung zu hintertreiben, beim Drucker die Hand im Spiele gehabt? Wohl waren wir durch die Depeche in der Lage, im „Genossenschaftler“ die Ver- sammlung ohne genaue Zeitangabe anzuzeigen, wobei die Redak- tion des seit anderthalb Jahren hier erscheinenden Gratisblattes „Fortschritt“ aufgefordert wurde, in der Versammlung ihre Be- hauptungen gegen Herrn Motteler und den Sozialismus zu ver- treten, wenn sie auf Mannesehre noch etwas halte, allein was ohne unser Dazuthun nachkam, konnten wir natürlich nicht im Voraus wissen. Erklärlicherweise war die Versammlung nicht nach unserm Wunsch besetzt. Das Erscheinen der Fortschrittsredakteure (ein Schullehrer und Herr Alb. Bittum mit einigen Anhängern) ließ hoffen, daß der Verdruß über die mangelhafte Einladung durch eine lebhaftere Diskussion aufgewogen würde. — Der Stoff unsres Referenten war ein sehr umfangreicher, da der „Fortschritt“ wohl ein halbes Biersjahr lang in jeder Nummer in vierspaltigen breitphasigen Artikeln die Person Herrn Mottelers, seine Rede u. s. zu denunziren, lächerlich zu machen und zu beschimpfen suchte. — Unter Anderm erschien im „Fortschritt“ Nr. 14 d. J. ein offener Brief an Herrn Motteler von einem Anonymus, der im Wort- verwehen und Unterschieden der ganzen Haltung des Blattes ent- sprechend war, und an Allem den belanntesten Phrasendrescher hier erkennen ließ, der früher schon um dessentwillen von Herrn Moriz Müller sen. entlarvt und gebührend gesühigt wurde. — Herr Motteler hielt nämlich Mitte Juni hier einen Vortrag über die „Thätigkeit des Reichstags“, wobei die Stellung und Geltung der verschiedenen Parteien, insbesondere der Sozialisten und National- liberalen gründlich und scharf gezeichnet wurden. Ein damals im „Fortschritt“ enthaltener Artikel „Enttäuschung“, welcher die Reichs- tagswahlen behandelte, gab Gelegenheit, eingehend nachzuweisen, in welcher jämmerlicher Weise unsre Gegner das Volk zu bethören suchten. — Daß Herr Motteler seine Aufgabe meisterhaft gelöst, wurde von Zuhörern verschiedener Stände gerühmt, der drei- stündige Vortrag überhaupt gut aufgenommen. Die damals an- wesenden Fortschrittler schwiegen und suchten, wie schon erwähnt, die Schärfe in ihrem Blatte wieder auszuweichen. Was für ein Getöse (fortsch. Ausdruck) würde der „Fortschritt“ verübt haben, wenn Herr Motteler sein diesmaliges Auftreten nicht seiner Widerlegung und Züchtigung gewidmet hätte? An dem früheren Vortrag hatte der „Fortschritt“ so Vieles verdreht und gelogen, daß es wirklich des Gedulds unsres Referenten bedurfte, um in 1 Stunde und 50 Minuten denselben gründlich zu widerlegen. Er zeigte, daß jede Nummer des „Fortschritt“, die ihm zu Gesicht gekommen, die Sozialisten denunzire, als wollten sie mit blutiger, gewaltsamer Revolution ihre Ziele erreichen, obwohl von unsrer Seite andrücklich und immer wieder, wie er auch in seiner da- maligen Rede gethan, der friedliche gesellige Weg betont und empfohlen werde. Er forderte zum Dertern Beweise von den an- wesenden Gegnern für ihre Behauptung, er habe ungesellige Reden geführt und den Reichstag geschmäht. Redner kennzeichnete die große Uebung der Gegner im Denunziren und fragte, warum sie ihn nicht verklagt hätten; er habe in voller Offenheit und unter den Augen der Polizei gesprochen, und hätte letztere, falls er Ungelegliches gesagt, gewiß ihre Pflicht rückhaltlos erfüllt. Er habe nicht die Aufgabe, die Vorgänge im Reichstag zu beschönigen, seine Pflicht sei, wahrheitsgetreu nach seinen Wahrnehmungen dem Volke die Wahrheit zu sagen, für jedes gesagte Wort sei er erbötig, die Beweise aus dem stenographischen Berichte zu liefern. Redner entschuldigte sich, daß er, obwohl er bei seinem ersten Vortrage die hier so unbeliebte Aufgabe übernommen, sich mit dem „Fort- schritt“ einzulassen, von dem, wie er heute gehört habe, die eignen Angehörigen nicht gerne hören, durch Schuld der Gegner auch heute wieder dies unglückliche Thema behandeln müsse, und beweißt des Näheren, daß der Fortschrittsbericht über die Juni Versamm- lung in allen Theilen nichts anderes sei, als eine Entstellung des damals Gesprochenen und ein leeres verbißenes Abschweifen auf Nebensächlichkeiten, ein fortgesetztes Denunziren mit anmaßenden persönlichen Angriffen. Redner las die Hauptsätze des Machwerks vor und zerlegte sie in ihrer ganzen Aufgeblasenheit, sagte dann den Herrn der Angriffe in dem Sage zusammen, der „Fortschritt“ plappere wie der Muder sein Gebet von Nummer zu Nummer: „Die Sozialdemokratie will Revolution, Mord und Blutvergießen!“ Er verlas dann aus der letzten Reichstagsrede Liebknechts die- jenige Stelle, in der das Wort „Revolution“ klar und bündig erläutert wird, und worin unsre Auffassung ausgesprochen liegt. Den Herren vom „Fortschritt“ machte er den Vorwurf fälschlicher Unterscheidungen und behielt sich vor, auf den „offenen Brief“ zu antworten, sobald die Gegner das Wort ergriffen hätten, um

mündlich zu ergänzen, was schriftlich etwa versäumt wäre. — Herr Albert Wittum, früher Sozialdemokrat, erklärte nach der üblichen Aufforderung des Vorsitzenden unter lebhaften Ovationen und mit donnernder Stimme ungefähr Folgendes: „Meine Herren, ich habe Ihnen eine Erklärung abzugeben im Namen des Bürgervereins, der Redaktion des „Fortschritt“, der Mitarbeiter des „Fortschritt“ und der nationalliberalen Partei, der ich angehöre. Wir haben die Beweise und das Material, um beweisen zu können, was wir behaupten und was Herr Motteler nicht widerlegt hat; aber auf eine so unanständige Art dürfen wir nicht eingeladen werden. Unser (!) Reichstagsabgeordneter, dieser Herr Motteler, hat uns zu überrumpeln gesucht, deshalb wurden die Plakate erst um 3 Uhr heute Nachmittag angeheftet, wenn Herr Motteler uns Zeit läßt, in 3 Tagen, 3 Wochen oder in 3 Monaten wieder kommen will, werden wir erscheinen und Beweise bringen, wenn wir anständig eingeladen werden und vorbereitet sind. Jeder Vernünftige muß mir Recht geben. Und dann frage ich Sie, ist das jetzt der Platz des Reichstagsabgeordneten in einer Volksversammlung hier, weiß er nichts Besseres zu thun? In seiner Rede hat er gesagt, es sei so ein mißliches Thema der „Fortschritt“, und doch hat er in früherer Versammlung 3 Stunden, und heute wieder 2 1/2 Stunden lang von nichts weiter als dem „Fortschritt“ gesprochen, was wir uns zur großen Ehre anrechnen. Ich wiederhole, wenn man uns Zeit läßt, werden wir uns in eine prinzipielle Diskussion einlassen und für unsere Behauptungen Beweise bringen. Der Herr M. habe eine so lange Rede gehalten, aber mit keiner Silbe den offenen Brief erwähnt, was doch die Hauptsache ist, er hat uns überrumpeln wollen, das ist nicht ehelich. Wenn wir anständig und rechtzeitig eingeladen werden, werden wir Beweise bringen.“

Als dieser Herr Wittum mit frecher Stirne sich als den Vertreter des Fabrikantenvereins den Arbeitern vorstellte, bei welchen er noch vor wenigen Jahren absolut als erster, gebildetster und ehrlichster sozialistischer Führer gelten wollte, brach ein Sturm der Entrüstung los, welcher der vollen Intervention des Vorsitzenden und älterer Parteigenossen bedurfte. Herr Wittum hat sich lange nicht gewagt, in Volksversammlungen aufzutreten, weil er weiß, daß seine Vergangenheit ihm das Reden erschwert. Bei der Interpellation, warum Herr Motteler nicht im Reichstag sei, sollten dagegen die paar Wittumianer stürmischen Beifall, der freilich unsterk genug aufgewogen wurde, als Motteler erklärte, daß er hierüber zwar nur seiner Partei und speziell seinen Wählern Rechenschaft schulde, aber dennoch Herrn Wittum, der nicht danach zu fragen habe, antworten wolle. Redner erinnerte daran, wie die Sozialisten im Reichstage Majoritäten gegenüberstehen, die jeden praktischen Erfolg, selbst bei den bescheidensten sozialistischen Anforderungen zu verhindern wüßten, so daß in der That außerhalb des Reichstags, mit wenig Ausnahmen, im Parteinteresse agitatorisch zu wirken, richtiger und erfolgreicher erscheinen müsse. Ueber mehrfache Vorlagen der jetzigen Session sei bereits in der vorhergehenden so gut wie entschieden worden. Er erinnere nur an das Militärgesetz mit seinen 400tausend Mann Friedenspräsenz, für welche die damalige Majorität selbstverständlich und trotz aller anderweitigen Vorstellungen jetzt auch das geforderte Geld bewilligen müsse und werde. Die Sozialisten daran erinnern zu wollen, die Volksinteressen von ihrem Standpunkt aus im Reichstag zur Geltung zu bringen, klinge wie ein naiver Scherz, wenn man (wie die Nationalliberalen besonders) es wisse, daß neben einer Geschäftsordnung zur Beschränkung des Parlamentarismus seitens der Majorität eine Praxis in Geltung sei, durch welche Oppositionsredner mittelst lebhaften Privatgespräche „todtgemacht“ werden. Sogar von dem Republikaner Sonnemann habe neulich die Presse berichtet, daß er bei der Bankgesellschafte gegen lebhaft Privatgespräche habe ankämpfen müssen. Dies zeige genügend, welche Art von Berechtigung zum Meinungs-austausch man der Opposition im Reichstag zuspreche und ob es so ganz unerklärlich sei, wenn man sich von der Agitation außerhalb des Reichstags mehr direkten und nachhaltigen Erfolg verspreche, als von einer Theilnahme an seinen kostspieligen Verhandlungen. Außerdem habe Redner, auch seinem Erwerb als Geschäftsmann obzuliegen, da er nicht Rentier sei, sondern Vertreter einer Arbeitergenossenschaft, und wenn er gelegentlich seiner Geschäftsfreiheit sich unterwegs einige Tage freimache zur Agitation, so könne ihm dies keineswegs den Vorwurf der Pflichtverletzung als Abgeordneter und Parteimann zuziehen. Er glaube, als Volksvertreter im regsten Verkehr mit dem Volke zu sein, sei auch pflichtgemäß. Daß er dies augenblicklich in seinem Wahlkreise nicht zu thun vermöge, bebauere er selbst am meisten, könne sich aber trotzdem nicht anders entschließen, als unterwegs zu agitieren wo immer es ihm möglich sei. Als ein hiesiger Parteigenosse darauf das Wort erhielt und dem Herrn Wittum in kräftiger Weise für die zusammengeschauften Unwahrheiten die Finger zu klopfen anfing, ging dieser mitstimmend dem Herrn Schulmeister schleunigst durch, wie seiner Zeit in Heidelberg, als man ihm das Wort erteilen wollte bei den Vassalleonern. — Die Herren nennen das gewöhnlich andrücken und davonlaufen. — Ob er wohl in der Vorstandssitzung des Bürgervereins, welche dieserhalb 2 Tage vor der Volksversammlung wahrhaftlich auf die Notiz im „Genossenschaftler“ hin stattfand, die Verübung seiner Anstandsrede, als würdig-bürgervereinslich aufgetragen erhielt? — Doch zum Schluß. Nachdem die Arbeiter u. A. auch daran erinnert waren, daß die Form der Einladung an Herrn Wittum und Genossen seiner sei, als die, mit welcher er früher selber Arbeiter herausforderte, welche ihn und seine Freunde als Agenten der Bourgeoisie zu entlarven suchten, als Helden im Wortverdrehen und Phrasenmachen, die, sobald ihr persönliches Interesse es zuläßt, Führer der Fabrikanten werden, erhielt Herr Motteler das Schlusswort. — Unter lebhaften Beifallsbezeugungen zeigte er nochmals, wie die Gegner es treiben und wie sie sind und versicherte, er werde stets auf seinem Posten in und außer dem Reichstage sein und wirken, so weit seine Kräfte reichen. Den Gegnern wie uns versprach er seinen Besuch aufs Frühjahr. Wir werden in bester Sorge tragen, daß die Arbeiter im Allgemeinen sich an der Opferfreudigkeit, an der rastlosen muthvollen Thätigkeit unserer Vorkämpfer ein Vorbild nehmen, und durch allseitigen Anschluß

an die Partei, deren berechtigzte Bestrebungen fördern helfen. Die Kampfwiese der Gegner zeigt uns heute schon, daß wir auf richtigen Wege sind und wie sie sich drehen und wie sie sich winden. Sie sollen uns immer zu Plage finden.

W. Gladbach, 13. Dezember. Da ich dieser Tage in Erfahrung gebracht habe, daß gegen mich das falsche Gerücht in Umlauf gesetzt ist, als wolle ich mich wegen einer kleinen Gefängnisstrafe, welche über mich verhängt ist, von der Arbeiterbewegung zurückziehen, so finde ich mich zu der Erklärung veranlaßt, daß ich nach wie vor streng auf dem Boden der sozialdemokratischen Prinzipien (Eisenacher Programm) stehen bleiben werde, und bin ich jederzeit bereit, da, wo es von mir verlangt wird, öffentlich für Verbreitung dieser Prinzipien einzutreten, sei es in Partei- oder Volksversammlungen. Ich richte daher an die Vertrauensmänner von Crefeld, Süchteln, Grefrath u. s. w. die dringende Bitte, in ihren resp. Wirkungstreifen für das Zustandekommen von Volksversammlungen Sorge zu tragen, damit nicht nur allein die Massen, welche besonders im Rheinland der Ausklärung noch bedürfen, belehrt werden, sondern auch den vielen Gegnern unserer Sache gezeigt wird, daß alle Verfolgungen gegen die Sozialdemokratie nicht nur nichts helfen, sondern vielmehr dazu angethan sind, unsere Idee zu stärken und unsern Muth zu stärken. Zeigen wir durch einiges Zusammenhalten unsern Gegnern, daß ihre Verfolgungssucht der Sozialdemokratie nur große Dienste leisten kann. Namentlich unserm Hauptfeind, der liberalen, aus dem Reptilienfond gespeisten Presse, müssen wir durch einiges Wirken entgegenzutreten. Wir sehen es ja täglich, wie sie bemüht ist, nach jeder Richtung hin das arbeitende Volk zu korrumpiren. Nur durch strenges Festhalten an den sozialdemokratischen Ideen vermögen wir es, ihr zu zeigen, daß sie an uns ihr sauberes Handwerk der Prostitution nicht ausüben kann.

Mit sozialdemokratischem Gruß
Josef Sauren.
Augsburg, 13. Dezember. In Augsburg wurde das Lokal in das Gasthaus zur Finstern Stube, am hinteren Perlachberg verlegt, woselbst auch das Arbeitsnachweis-Bureau der Schilfen jeden Abend von 8 bis 9 Uhr geöffnet ist.

Freiburg i. B. Allen Parteigenossen zur Nachricht, daß sich hier eine Mitgliedschaft und aus dieser ein Gewerkschaftsagitations-Comité gebildet hat, bestehend aus den Herren Gramlich, Tapesier; Herp, Schreiner; Witzig, Schreiner; Zimmermann, Uhrmacher, und Frank, Buchbinder, welches es sich zur Aufgabe machte, für Gründung der Gewerkschaften rege zu agitiren. Vorläufig besteht hier die Schuhmacher-Gewerkschaft und der Verband für Buchbinder. In nächster Zeit hoffen wir die Gründung des Schreiner-Fachvereins zu melden. Es wird daher allen Parteigenossen in der Umgebung warm empfohlen, uns nach Kräften zu unterstützen. Mit parteigenösslichem Gruß!

Ignaz Frankl, Vertrauensmann.
Weber's Restaurant, Aufmannsstraße.

Marburg, 13. Dezember. Bezüglich der Aufforderung des Partei-Ausschusses in Nr. 144 des „Volksstaat“, die etwaige Vereinigung der beiden Arbeiter-Fractionen betreffend, haben die Mitglieder des sozialdemokratischen Arbeitervereins zu Marburg in einer Versammlung am 12. Dezember beschlossen, die Parteigenossen der nächstliegenden Orte, wie Gießen, Mainz, Frankfurt, Kassel, zu ersuchen, ihre Ansichten über den betreffenden Vorschlag dem Unterzeichneten mitzutheilen. Der Zweck dieser Bitte ist der, sich in der Angelegenheit klar zu werden, und wünschen wir, daß eine solche Verständigung auch von anderen Parteimitgliedschaften baldigst geschehen möge.

B. H. Schneider, Hirschberg 257.
Hannover. Der sozialpolitische Arbeiterverein hier selbst erklärt: In Anbetracht der heutigen Verhältnisse ist es nicht bloß eine Nothwendigkeit, sondern die Pflicht jedes denkenden Arbeiters, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Kräften und Mitteln für die Vereinigung der beiden sozialdemokratischen Fractionen einzustehen. Der Verein erwartet im Interesse der Arbeiter eine baldige Lösung der Einigungsfrage.
J. A. A. Pechsch, Vorsitzender.

Briefkasten
der Redaktion. W. in Genf: Sie mißbilligen es, daß wir in der Nr. vom 27. Nov. die Verfolgungen gegen die Ultramontanen aufgeführt haben, und meinen, dadurch nähren wir nur die Verleumdung, die Sozialdemokratie gebe Hand in Hand mit den katholischen Pfaffen. Nun wer dumm genug ist, letzteres zu glauben, dem können wir nicht helfen. Was aber jene Verfolgungen betrifft, so mißbilligen wir sie allerdings in der entschiedensten Weise, und zwar gerade weil wir Gegner des Ultramontanismus sind, der durch diese Verfolgungen künstlich großgezogen und gestärkt wird. Wenn Bismarck sich nicht genug hätte, hätten die Pfaffen ihn ersinden müssen. — Engelhardt: Der Aufsatz ist wörtlich schon in voriger Nummer enthalten. — J. C. in Augsburg: Das können Sie erfragen bei dem Ausschuss Ihrer Gewerkschaft. — R. in Weeranz: Nächste Nummer. — A. H. B.: Erhalten.
Quittung
der Expedition. Von Nummer u. Comp. München Schr. 5 tbr. 14. Nam Stuttgart Schr. 4 tbr. 5. Rühr Deberan Schr. 4 tbr. 28. 8. Wir Sieburg Schr. 10 gr. Müll hier Ab. 5 tbr., Schr. 8 gr. Genossenschaftskassendruck hier Ann. 17 gr. 5. D. D. D. München Schr. 20 tbr. Ferni Reusendorf Schr. 1 tbr. 1. J. Sch Wegstaden Schr. 9 gr. Jüngling Amshadt Schr. 8 gr. J. H. Varenhaus Schr. 13 gr. 5. Müll Mannheim Ab. 8 tbr. 16. 5., Schr. 1 tbr. 16. 6. J. Sch Wegst Schr. 1 tbr. 1. 9. Schr Hammer Schr. 1 tbr. 1. 5. Müll Weisung Schr. 6 tbr. 6. 5. Gnthr Groshandm Schr. 6 tbr. 10. Ludr Graz Ab. n. Schr. 1 tbr. 21. Müll hier Schr. 2 tbr. 10. 9. W. H. Reichman Schr. 3 tbr. 18. P. H. Mühlhausen Schr. 6 gr. Still Hamburg Ann. 5 gr. Red. Verein Gohlis Ann. 24 gr. Oppur Breslau Schr. 2 gr. 5. P. H. hier Schr. 1 tbr. 20.

Anzeigen zc.

Die rechts in [] angegebene Ziffer ist der Preis der betreffenden Annonce.

Berlin Gewerkschaft der Holzarbeiter.
Sonnabend, den 19. Dezember, Abends halb 9 Uhr, Andreatstr. Nr. 26 bei Gittel. — Tagesordnung: Vortrag über die Lage der Arbeiter. [4]
G. Lemke.

Berlin Verein der Sattler und Berufsgenossen.
Sonnabend, den 19. d. M., bei Bahre, Brückenstr. 10 a: Geschlossene Mitgliederversammlung. — L.-D.: Vorlage und Verhandlung der Statuten der Unterstängelasse für Arbeiter. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen eines jeden Mitgliedes Ehrensache. [6]
Koenen, Vertrauensmann.

Gohlis Arbeiterverein.
Montag, 21. Dezbr., Abends 7 1/2 Uhr: Versammlung bei Kanytsch (Bierkeller). — L.-D.: Aufstellung der Candidaten. — Besprechung über die Wahl. — Verschiedenes. — Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht aller Mitglieder zu erscheinen und Gäste mitzubringen. [6]
D. S.

Hamburg Verband der Klempner und verw. Berufsgenossen.
Sonnabend, den 19. Dezember, Abends 9 Uhr: Geschlossene Mitgliederversammlung bei Herrn Eckhardt, Schoppensteil Nr. 22. — L.-D.: 1) Abrechnung. 2) Innere Vereinsangelegenheiten. [5]
L. Stoffel, Bevollm.

Leipzig u. Umgegend

Montag, den 21. d. Mts.: Versammlung bei Fröblich, Nikolafstraße Nr. 38. — L.-D.: 1) Wahl eines Revisoren. 2) Vortrag über Physik.

Folgende Restanten werden ersucht, ihren Pflichten nachzukommen: Nr. 3, 10, 17, 77, 162, 228, 239, 240, 241, 254.
Die außerhalb Leipzigs wohnenden Mitglieder der Krankenkasse werden besonders eingeladen wegen wichtiger Mittheilung. [9]

Leipzig Gewerkschaft der Holzarbeiter.
Sonnabend, d. 19. Dezember: Versammlung gr. Windmühlstr. 7. — L.-D.: Diskussion. Gewerkschaftliches. Aufnahme neuer Mitglieder. Der Vorstand. [4]

Der Nadler und Draht-Arbeiter Johannes Pechler, der früher in Leipzig gearbeitet hat, wird ersucht, mir seinen jetzigen Aufenthaltsort mitzutheilen.
Soldan i/Opfr. im Dezbr. 1874. J. Ed. Pechler. [10]

Wir gratuliren G. Rudolph Gabelich in Grimmitzschau noch nachträglich zum 17. Dezember, so daß die ganze niedere Vorstadt zittert!
Drei Freunde aus der Quelle. R. L. P. Z. R. M. [7 1/2]

In der Todesanzeige Nr. 144 muß es statt Wätsch „Wätsch“ heißen.

Ein sozialistisches Weihnachtsmärchen!

In unserem Verlage ist erschienen:
Der große Krach.

Ein Märchen für große und kleine Kinder.
Von Friedrich Gottlieb Schulze.

Mit lithographirten Bildern.
(Besteht von der durch ihre Arbeiten rühmlichst bekannten Lithographen-Gewerkschaft Zürich.)

Ausgabe 1: (gebunden und auf Schreibpapier) 10 Gr.
Ausgabe 2: (brochirt) 8 Gr.

(Diese Preise gelten jedoch nur für Parteigenossen; der Buchhändler-Ladenpreis der Ausgabe 1, welche allein im Buchhandel zu haben ist, beträgt 15 Gr.) — Wiedererklärer erhalten Rabatt!

Volksbuchhandlung
(J. Franz.)
Zürich (Göttingen). [38]

NB. Obiges Buch ist durch alle Expeditionen parteigenösslicher Blätter, insbesondere durch die Buchhandlung des „Volksstaat“, Leipzig, zu beziehen.

Sieben ist erschienen:
Rede Liebknecht's

über den Antrag auf
Verurteilung der gefangenen sozialdemokratischen Reichstags-
Abgeordneten.

(Reichstags-Sitzung vom 21. November 1874.)
Mit einem Anhang zur Charakteristik des Herrn Tessenlofer.

2 1/2 Bogen Oktav. Preis pro Exemplar 1 1/2 Gr.
Buchhandlung des „Volksstaat“.

Volksstaatkalender für 1875.

Derselbe enthält außer dem bekannten Kalendarium (dem diesmal auch der katholische Kalender beigelegt ist), ein Verzeichniß der Messen und Märkte Deutschlands.

Die Hanauer Turner im badisch-rheinpfälzischen Aufstande 1849 nach den Papieren ihres Corpsadjutanten, des verstorbenen Albrecht Dammmerow. Von dem noch lebenden Sigismund Bortheim, Batterieführer in der badisch-rheinpfälzischen Rebellennarmee; Nothe Oskra, historisches Gemälde aus dem Bauernkrieg, von Robert Schweichel. Was liegt die Keitung? Aus dem Tagebuch eines Sozialisten, von Otto Walfer. Zur Grund und Bodenfrage. Verschiedenes.

Preis 3 1/2 Gr. gegen baar.
Bestellungen hierauf an die Buchhandlung des „Volksstaat“ zu adressiren.

Einladung zum Abonnement

auf das in Gotha erscheinende

Sonntags-Blatt

Organ für die Freidenker Deutschlands.

Herausgegeben von Dr. August Specht.

Durch tüchtige geistige Kräfte unterstützt, hat sich das „Sonntags-Blatt“ die Aufgabe gestellt, seine Leser mit den Resultaten der freien Forschung in Natur und Geschichte vertraut zu machen, die mit der Vernunft und Wissenschaft im Widerspruch stehenden religiösen Dogmen zu bekämpfen und die Weltanschauung des freien Menschentums zu verbreiten. Von der Ueberzeugung durchdrungen, daß die Menschheit nur durch eine positiv wissenschaftliche Bildung aus den Banden veralteter religiöser Satzungen befreit werden kann, wird das „Sonntags-Blatt“ vornehmlich denjenigen Theil der Wissenschaft kultiviren, der sich mit der Entdeckung der Dinge beschäftigt und daher Original-Artikel über die Beschaffenheit und Entwicklung der Weltkörper, des Thier- und Pflanzenreichs, des Menschen und seiner Kultur u. c. c. bringen. Außerdem bringt jede Nummer des Blattes eine Wochenübersicht der wichtigsten Vorlesungen auf kirchlichen und freireligiösen Gebieten, Besprechungen freisinniger Bücher u. c., so daß sich die Leser über alle Erscheinungen des geistigen Lebens genügend orientiren können.

Man abonnirt auf das in Gotha erscheinende „Sonntags-Blatt“ bei allen Postanstalten und in allen Buchhandlungen zu dem vierteljährigen Preise von nur 7 1/2 Gr.

Gotha. Stollberg'sche Verlagsbuchhandlung.

Sieben ist erschienen:
Volksstaat
Fremdwörterbuch.
Enthalten
mehr als 12,000 Fremdwörter
mit
zutreffender u. verständlicher Erklärung
und genauer Angabe der richtigen
Ausdrücke und Betonung der Wörter.
Geheftet 5 Agr., geb. 6 1/2 Agr.
Exp. d. Volksstaat.

Verantwortlicher Redakteur: R. Seiffert.
Redaktion Hofstraße 4, Expedition Heiderstraße 44, in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

*) Wir geben an dieser Stelle um auch anderweitigen Mißverständungen zu begegnen, die wichtigsten Punkte der Erklärung, welche Motteler der Redaktion des „Bürger- und Banerfreund“ in Grimmitzschau zugesandt hat und welche in Nr. 289 des Blattes veröffentlicht ist. R. d. V.
Motteler erklärt betr. seiner derzeitigen Abwesenheit vom Reichstage:
1) daß er auf Rechnung der Firma Stehfuß u. Co., deren kaufmännischer Vertreter er noch ist, seit 5 Wochen reiselt;
2) daß er dem Ausschuss der Partei und seinen Parteigenossen rechtzeitig Kenntniß davon gegeben habe;
3) daß er seinen Wählern rechtzeitig gegenübertritt und Rechenschaft geben werde, auch jeder Interpellation in offener Volksversammlung ruhig entgegenstehe.
Grimmitzschau, den 11. Dez. 1874.